

Gesetzentwurf

des Bundesrates

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen

A. Zielsetzung

Die Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen sind zuletzt mit Wirkung vom 1. April 1984 angehoben worden. Die seither eingetretene wirtschaftliche Entwicklung sowie insbesondere der starke Anstieg der Leistungen der Sozialhilfe haben dazu geführt, daß die Pfändungsfreigrenzen deutlich hinter den Sozialhilfesätzen zurückgeblieben sind. Die Folge ist, daß Schuldner mit geringem Arbeitseinkommen zum Ausgleich zunehmend auf Sozialhilfe angewiesen sind und die Allgemeinheit dadurch letztlich für private Schulden einzustehen hat. Damit einhergeht häufig ein Verlust an Motivation zu eigener Arbeitstätigkeit des Schuldners. Dieser Entwicklung soll in einer Weise begegnet werden, die es dem Schuldner und den von ihm zu unterhaltenden Angehörigen wieder dauerhaft ermöglicht, auch ohne die Inanspruchnahme der Leistungen der Sozialhilfe ein menschenwürdiges Leben zu führen und die darüber hinaus einen zusätzlichen Anreiz für ihn schafft, trotz der Schuldenlast einer geregelten Arbeit nachzugehen.

B. Lösung

Die in der Zivilprozeßordnung zahlenmäßig festgesetzten Beträge, die für die Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens maßgebend sind, werden neu festgesetzt. Die Tabelle — Anlage 2 (zu § 850 c) der Zivilprozeßordnung —, welche die pfändbaren Beträge ausweist, wird neu gefaßt. Mit einer Änderung des § 850 f Abs. 1 ZPO soll außerdem gewährleistet werden, daß zukünftig ein Zurückbleiben der Pfändungsfreigrenzen hinter den Sozialhilfesätzen auch in solchen Fällen verhindert werden kann, in denen nicht bereits die Anwendung der Tabelle zu dem gewünschten Ergebnis führt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Änderungen werden für Bund, Länder und Gemeinden keine wesentlichen zusätzlichen Kosten verursachen. Mit gewissen Vollstreckungsausfällen der öffentlichen Hand durch die Anhebung der Pfändungsfreigrenzen muß allerdings gerechnet werden. Dagegen ist eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger zu erwarten. Verbunden mit dem zusätzlichen Arbeitsanreiz für verschuldete Arbeitnehmer dürften langfristig auch die Steuereinnahmen aus Arbeitseinkommen steigen, so daß eventuelle Vollstreckungsausfälle der Steuerbehörden dadurch aufgewogen werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (331) — 400 10 — Pf 4/90

Bonn, den 27. August 1990

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 3 des Grundgesetzes den vom Bundesrat in seiner 614. Sitzung am 1. Juni 1990 beschlossenen Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen mit Begründung (Anlage I) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Die Auffassung der Bundesregierung zu dem Gesetzentwurf ist in der als Anlage II beigefügten Stellungnahme dargelegt.

Kohl

Anlage I

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung der Zivilprozeßordnung**

Die Zivilprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

1. In § 850 a Nr. 4 wird der Betrag „470 Deutsche Mark“ auf „540 Deutsche Mark“ erhöht.
2. In § 850 b Abs. 1 Nr. 4 wird der Betrag „3 600 Deutsche Mark“ auf „4 140 Deutsche Mark“ erhöht.
3. In § 850 c werden folgende Beträge erhöht:

a) In Absatz 1 werden die in Deutscher Mark angegebenen Beträge wie folgt erhöht:

aa) In Satz 1

von 754 auf 1 209,
von 174 auf 279,
von 34,80 auf 55,80.

bb) In Satz 2

von 2 028 auf 2 834,
von 468 auf 654,
von 93,60 auf 130,80,
von 338 auf 429,
von 78 auf 99,
von 15,60 auf 19,80,
von 234 auf 299,
von 54 auf 69,
von 10,80 auf 13,80.

β) In Absatz 2 Satz 2 werden die in Deutscher Mark angegebenen Beträge wie folgt erhöht:

von 3 302 auf 3 796,
von 762 auf 876,
von 152,40 auf 175,20.

4. In § 850 f Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Das Vollstreckungsgericht kann dem Schuldner auf Antrag von dem nach den Bestimmungen der §§ 850 c, 850 d und 850 i pfändbaren Teil seines Arbeitseinkommens einen Teil belassen, wenn

a) der Schuldner nachweist, daß bei Anwendung der Pfändungsfreigrenzen entsprechend der Anlage 2 zu diesem Gesetz (zu § 850 c) der notwendige Lebensunterhalt im Sinne der §§ 11 ff. des Bundessozialhilfegesetzes für sich und für die Personen, denen der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, nicht gedeckt ist,

b) besondere Bedürfnisse des Schuldners aus persönlichen oder beruflichen Gründen

c) der besondere Umfang der gesetzlichen Unterhaltungspflichten des Schuldners, insbesondere die Zahl der Unterhaltsberechtigten, dies erfordern

und überwiegende Belange des Gläubigers nicht entgegenstehen.“

- b) In § 850 f Abs. 3 Satz 1 und 2 werden die in Deutscher Mark angegebenen Beträge jeweils wie folgt erhöht:

von 2 340 auf 3 744,
von 540 auf 864,
von 108 auf 172,80.

5. Die Anlage 2 (zu § 850 c) der Zivilprozeßordnung erhält die diesem Gesetz als Anlage beigelegte Fassung.

Artikel 2**Übergangsregelung**

(1) Eine vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 ausgebrachte Pfändung, die nach den Pfändungsfreigrenzen des bisher geltenden Rechts bemessen worden ist, richtet sich hinsichtlich der Leistungen, die nach dem Inkrafttreten des Artikels 1 fällig werden, nach den neuen Vorschriften. Auf Antrag des Gläubigers, des Schuldners oder des Drittschuldners hat das Vollstreckungsgericht den Pfändungsbeschluß entsprechend zu berichtigen. Der Drittschuldner kann nach dem Inhalt des früheren Pfändungsbeschlusses mit befreiender Wirkung leisten, bis ihm der Berichtigungsbeschluß zugestellt wird.

(2) Soweit die Wirksamkeit einer Verfügung über Arbeitseinkommen davon abhängt, daß die Forderung der Pfändung unterworfen ist, sind die Vorschriften des Artikels 1 auch dann anzuwenden, wenn die Verfügung vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 erfolgt ist. Der Schuldner der Forderung kann nach Maßgabe der bisherigen Vorschriften so lange mit befreiender Wirkung leisten, bis ihm eine entgegenstehende vollstreckbare gerichtliche Entscheidung zugestellt wird oder eine Verzichtserklärung desjenigen zugeht, an den der Schuldner auf Grund dieses Gesetzes weniger als bisher zu leisten hat.

Artikel 3**Berlin-Klausel**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am . . . in Kraft.

Anlage 2 (zu § 850 c)

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
bis 1 219,99	—	—	—	—	—	—
1 220,00 bis 1 239,99	7,70	—	—	—	—	—
1 240,00 bis 1 259,99	21,70	—	—	—	—	—
1 260,00 bis 1 279,99	35,70	—	—	—	—	—
1 280,00 bis 1 299,99	49,70	—	—	—	—	—
1 300,00 bis 1 319,99	63,70	—	—	—	—	—
1 320,00 bis 1 339,99	77,70	—	—	—	—	—
1 340,00 bis 1 359,99	91,70	—	—	—	—	—
1 360,00 bis 1 379,99	105,70	—	—	—	—	—
1 380,00 bis 1 399,99	119,70	—	—	—	—	—
1 400,00 bis 1 419,99	133,70	—	—	—	—	—
1 420,00 bis 1 439,99	147,70	—	—	—	—	—
1 440,00 bis 1 459,99	161,70	—	—	—	—	—
1 460,00 bis 1 479,99	175,70	—	—	—	—	—
1 480,00 bis 1 499,99	189,70	—	—	—	—	—
1 500,00 bis 1 519,99	203,70	—	—	—	—	—
1 520,00 bis 1 539,99	217,70	—	—	—	—	—
1 540,00 bis 1 559,99	231,70	—	—	—	—	—
1 560,00 bis 1 579,99	245,70	—	—	—	—	—
1 580,00 bis 1 599,99	259,70	—	—	—	—	—
1 600,00 bis 1 619,99	273,70	—	—	—	—	—
1 620,00 bis 1 639,99	287,70	—	—	—	—	—
1 640,00 bis 1 659,99	301,70	1,00	—	—	—	—
1 660,00 bis 1 679,99	315,70	11,00	—	—	—	—
1 680,00 bis 1 699,99	329,70	21,00	—	—	—	—
1 700,00 bis 1 719,99	343,70	31,00	—	—	—	—
1 720,00 bis 1 739,99	357,70	41,00	—	—	—	—
1 740,00 bis 1 759,99	371,70	51,00	—	—	—	—
1 760,00 bis 1 779,99	385,70	61,00	—	—	—	—
1 780,00 bis 1 799,99	399,70	71,00	—	—	—	—
1 800,00 bis 1 819,99	413,70	81,00	—	—	—	—
1 820,00 bis 1 839,99	427,70	91,00	—	—	—	—
1 840,00 bis 1 859,99	441,70	101,00	—	—	—	—
1 860,00 bis 1 879,99	455,70	111,00	—	—	—	—
1 880,00 bis 1 899,99	469,70	121,00	—	—	—	—
1 900,00 bis 1 919,99	483,70	131,00	—	—	—	—
1 920,00 bis 1 939,99	497,70	141,00	—	—	—	—
1 940,00 bis 1 959,99	511,70	151,00	1,20	—	—	—
1 960,00 bis 1 979,99	525,70	161,00	9,20	—	—	—
1 980,00 bis 1 999,99	539,70	171,00	17,20	—	—	—
2 000,00 bis 2 019,99	553,70	181,00	25,20	—	—	—
2 020,00 bis 2 039,99	567,70	191,00	33,20	—	—	—
2 040,00 bis 2 059,99	581,70	201,00	41,20	—	—	—
2 060,00 bis 2 079,99	595,70	211,00	49,20	—	—	—
2 080,00 bis 2 099,99	609,70	221,00	57,20	—	—	—
2 100,00 bis 2 119,99	623,70	231,00	65,20	—	—	—
2 120,00 bis 2 139,99	637,70	241,00	73,20	—	—	—
2 140,00 bis 2 159,99	651,70	251,00	81,20	—	—	—
2 160,00 bis 2 179,99	665,70	261,00	89,20	—	—	—
2 180,00 bis 2 199,99	679,70	271,00	97,20	—	—	—

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 I, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
2 200,00 bis 2 219,99	693,70	281,00	105,20	—	—	—
2 220,00 bis 2 239,99	707,70	291,00	113,20	—	—	—
2 240,00 bis 2 259,99	721,70	301,00	121,20	1,20	—	—
2 260,00 bis 2 279,99	735,70	311,00	129,20	7,20	—	—
2 280,00 bis 2 299,99	749,70	321,00	137,20	13,20	—	—
2 300,00 bis 2 319,99	763,70	331,00	145,20	19,20	—	—
2 320,00 bis 2 339,99	777,70	341,00	153,20	25,20	—	—
2 340,00 bis 2 359,99	791,70	351,00	161,20	31,20	—	—
2 360,00 bis 2 379,99	805,70	361,00	169,20	37,20	—	—
2 380,00 bis 2 399,99	819,70	371,00	177,20	43,20	—	—
2 400,00 bis 2 419,99	833,70	381,00	185,20	49,20	—	—
2 420,00 bis 2 439,99	847,70	391,00	193,20	55,20	—	—
2 440,00 bis 2 459,99	861,70	401,00	201,20	61,20	—	—
2 460,00 bis 2 479,99	875,70	411,00	209,20	67,20	—	—
2 480,00 bis 2 499,99	889,70	421,00	217,20	73,20	—	—
2 500,00 bis 2 519,99	903,70	431,00	225,20	79,20	—	—
2 520,00 bis 2 539,99	917,70	441,00	233,20	85,20	—	—
2 540,00 bis 2 559,99	931,70	451,00	241,20	91,20	1,00	—
2 560,00 bis 2 579,99	945,70	461,00	249,20	97,20	5,00	—
2 580,00 bis 2 599,99	959,70	471,00	257,20	103,20	9,00	—
2 600,00 bis 2 619,99	973,70	481,00	265,20	109,20	13,00	—
2 620,00 bis 2 639,99	987,70	491,00	273,20	115,20	17,00	—
2 640,00 bis 2 659,99	1 001,70	501,00	281,20	121,20	21,00	—
2 660,00 bis 2 679,99	1 015,70	511,00	289,20	127,20	25,00	—
2 680,00 bis 2 699,99	1 029,70	521,00	297,20	133,20	29,00	—
2 700,00 bis 2 719,99	1 043,70	531,00	305,20	139,20	33,00	—
2 720,00 bis 2 739,99	1 057,70	541,00	313,20	145,20	37,00	—
2 740,00 bis 2 759,99	1 071,70	551,00	321,20	151,20	41,00	—
2 760,00 bis 2 779,99	1 085,70	561,00	329,20	157,20	45,00	—
2 780,00 bis 2 799,99	1 099,70	571,00	337,20	163,20	49,00	—
2 800,00 bis 2 819,99	1 113,70	581,00	345,20	169,20	53,00	—
2 820,00 bis 2 839,99	1 127,70	591,00	353,20	175,20	57,00	—
2 840,00 bis 2 859,99	1 141,70	601,00	361,20	181,20	61,00	0,60
2 860,00 bis 2 879,99	1 155,70	611,00	369,20	187,20	65,00	2,60
2 880,00 bis 2 899,99	1 169,70	621,00	377,20	193,20	69,00	4,60
2 900,00 bis 2 919,99	1 183,70	631,00	385,20	199,20	73,00	6,60
2 920,00 bis 2 939,99	1 197,70	641,00	393,20	205,20	77,00	8,60
2 940,00 bis 2 959,99	1 211,70	651,00	401,20	211,20	81,00	10,60
2 960,00 bis 2 979,99	1 225,70	661,00	409,20	217,20	85,00	12,60
2 980,00 bis 2 999,99	1 239,70	671,00	417,20	223,20	89,00	14,60
3 000,00 bis 3 019,99	1 253,70	681,00	425,20	229,20	93,00	16,60
3 020,00 bis 3 039,99	1 267,70	691,00	433,20	235,20	97,00	18,60
3 040,00 bis 3 059,99	1 281,70	701,00	441,20	241,20	101,00	20,60
3 060,00 bis 3 079,99	1 295,70	711,00	449,20	247,20	105,00	22,60
3 080,00 bis 3 099,99	1 309,70	721,00	457,20	253,20	109,00	24,60
3 100,00 bis 3 119,99	1 323,70	731,00	465,20	259,20	113,00	26,60
3 120,00 bis 3 139,99	1 337,70	741,00	473,20	265,20	117,00	28,60
3 140,00 bis 3 159,99	1 351,70	751,00	481,20	271,20	121,00	30,60
3 160,00 bis 3 179,99	1 365,70	761,00	489,20	277,20	125,00	32,60
3 180,00 bis 3 199,99	1 379,70	771,00	497,20	283,20	129,00	34,60

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 I, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
3 200,00 bis 3 219,99	1 393,70	781,00	505,20	289,20	133,00	36,60
3 220,00 bis 3 239,99	1 407,70	791,00	513,20	295,20	137,00	38,60
3 240,00 bis 3 259,99	1 421,70	801,00	521,20	301,20	141,00	40,60
3 260,00 bis 3 279,99	1 435,70	811,00	529,20	307,20	145,00	42,60
3 280,00 bis 3 299,99	1 449,70	821,00	537,20	313,20	149,00	44,60
3 300,00 bis 3 319,99	1 463,70	831,00	545,20	319,20	153,00	46,60
3 320,00 bis 3 339,99	1 477,70	841,00	553,20	325,20	157,00	48,60
3 340,00 bis 3 359,99	1 491,70	851,00	561,20	331,20	161,00	50,60
3 360,00 bis 3 379,99	1 505,70	861,00	569,20	337,20	165,00	52,60
3 380,00 bis 3 399,99	1 519,70	871,00	577,20	343,20	169,00	54,60
3 400,00 bis 3 419,99	1 533,70	881,00	585,20	349,20	173,00	56,60
3 420,00 bis 3 439,99	1 547,70	891,00	593,20	355,20	177,00	58,60
3 440,00 bis 3 459,99	1 561,70	901,00	601,20	361,20	181,00	60,60
3 460,00 bis 3 479,99	1 575,70	911,00	609,20	367,20	185,00	62,60
3 480,00 bis 3 499,99	1 589,70	921,00	617,20	373,20	189,00	64,60
3 500,00 bis 3 519,99	1 603,70	931,00	625,20	379,20	193,00	66,60
3 520,00 bis 3 539,99	1 617,70	941,00	633,20	385,20	197,00	68,60
3 540,00 bis 3 559,99	1 631,70	951,00	641,20	391,20	201,00	70,60
3 560,00 bis 3 579,99	1 645,70	961,00	649,20	397,20	205,00	72,60
3 580,00 bis 3 599,99	1 659,70	971,00	657,20	403,20	209,00	74,60
3 600,00 bis 3 619,99	1 673,70	981,00	665,20	409,20	213,00	76,60
3 620,00 bis 3 639,99	1 687,70	991,00	673,20	415,20	217,00	78,60
3 640,00 bis 3 659,99	1 701,70	1 001,00	681,20	421,20	221,00	80,60
3 660,00 bis 3 679,99	1 715,70	1 011,00	689,20	427,20	225,00	82,60
3 680,00 bis 3 699,99	1 729,70	1 021,00	697,20	433,20	229,00	84,60
3 700,00 bis 3 719,99	1 743,70	1 031,00	705,20	439,20	233,00	86,60
3 720,00 bis 3 739,99	1 757,70	1 041,00	713,20	445,20	237,00	88,60
3 740,00 bis 3 759,99	1 771,70	1 051,00	721,20	451,20	241,00	90,60
3 760,00 bis 3 779,99	1 785,70	1 061,00	729,20	457,20	245,00	92,60
3 780,00 bis 3 796,00	1 799,70	1 071,00	737,20	463,20	249,00	94,60
Der Mehrbetrag über 3 796,00 DM ist voll pfändbar.						

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 I, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn wöchentlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
bis 279,99	—	—	—	—	—	—
280,00 bis 284,99	0,70	—	—	—	—	—
285,00 bis 289,99	4,20	—	—	—	—	—
290,00 bis 294,99	7,70	—	—	—	—	—
295,00 bis 299,99	11,20	—	—	—	—	—
300,00 bis 304,99	14,70	—	—	—	—	—
305,00 bis 309,99	18,20	—	—	—	—	—
310,00 bis 314,99	21,70	—	—	—	—	—
315,00 bis 319,99	25,20	—	—	—	—	—
320,00 bis 324,99	28,70	—	—	—	—	—
325,00 bis 329,99	32,20	—	—	—	—	—
330,00 bis 334,99	35,70	—	—	—	—	—
335,00 bis 339,99	39,20	—	—	—	—	—
340,00 bis 344,99	42,70	—	—	—	—	—
345,00 bis 349,99	46,20	—	—	—	—	—
350,00 bis 354,99	49,70	—	—	—	—	—
355,00 bis 359,99	53,20	—	—	—	—	—
360,00 bis 364,99	56,70	—	—	—	—	—
365,00 bis 369,99	60,20	—	—	—	—	—
370,00 bis 374,99	63,70	—	—	—	—	—
375,00 bis 379,99	67,20	—	—	—	—	—
380,00 bis 384,99	70,70	1,00	—	—	—	—
385,00 bis 389,99	74,20	3,50	—	—	—	—
390,00 bis 394,99	77,70	6,00	—	—	—	—
395,00 bis 399,99	81,20	8,50	—	—	—	—
400,00 bis 404,99	84,70	11,00	—	—	—	—
405,00 bis 409,99	88,20	13,50	—	—	—	—
410,00 bis 414,99	91,70	16,00	—	—	—	—
415,00 bis 419,99	95,20	18,50	—	—	—	—
420,00 bis 424,99	98,70	21,00	—	—	—	—
425,00 bis 429,99	102,20	23,50	—	—	—	—
430,00 bis 434,99	105,70	26,00	—	—	—	—
435,00 bis 439,99	109,20	28,50	—	—	—	—
440,00 bis 444,99	112,70	31,00	—	—	—	—
445,00 bis 449,99	116,20	33,50	—	—	—	—
450,00 bis 454,99	119,70	36,00	1,20	—	—	—
455,00 bis 459,99	123,20	38,50	3,20	—	—	—
460,00 bis 464,99	126,70	41,00	5,20	—	—	—
465,00 bis 469,99	130,20	43,50	7,20	—	—	—
470,00 bis 474,99	133,70	46,00	9,20	—	—	—
475,00 bis 479,99	137,20	48,50	11,20	—	—	—
480,00 bis 484,99	140,70	51,00	13,20	—	—	—
485,00 bis 489,99	144,20	53,50	15,20	—	—	—
490,00 bis 494,99	147,70	56,00	17,20	—	—	—
495,00 bis 499,99	151,20	58,50	19,20	—	—	—
500,00 bis 504,99	154,70	61,00	21,20	—	—	—
505,00 bis 509,99	158,20	63,50	23,20	—	—	—
510,00 bis 514,99	161,70	66,00	25,20	—	—	—
515,00 bis 519,99	165,20	68,50	27,20	—	—	—
520,00 bis 524,99	168,70	71,00	29,20	1,20	—	—

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615l, 1615n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn wöchentlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
525,00 bis 529,99	172,20	73,50	31,20	2,70	—	—
530,00 bis 534,99	175,70	76,00	33,20	4,20	—	—
535,00 bis 539,99	179,20	78,50	35,20	5,70	—	—
540,00 bis 544,99	182,70	81,00	37,20	7,20	—	—
545,00 bis 549,99	186,20	83,50	39,20	8,70	—	—
550,00 bis 554,99	189,70	86,00	41,20	10,20	—	—
555,00 bis 559,99	193,20	88,50	43,20	11,70	—	—
560,00 bis 564,99	196,70	91,00	45,20	13,20	—	—
565,00 bis 569,99	200,20	93,50	47,20	14,70	—	—
570,00 bis 574,99	203,70	96,00	49,20	16,20	—	—
575,00 bis 579,99	207,20	98,50	51,20	17,70	—	—
580,00 bis 584,99	210,70	101,00	53,20	19,20	—	—
585,00 bis 589,99	214,20	103,50	55,20	20,70	—	—
590,00 bis 594,99	217,70	106,00	57,20	22,20	1,00	—
595,00 bis 599,99	221,20	108,50	59,20	23,70	2,00	—
600,00 bis 604,99	224,70	111,00	61,20	25,20	3,00	—
605,00 bis 609,99	228,20	113,50	63,20	26,70	4,00	—
610,00 bis 614,99	231,70	116,00	65,20	28,20	5,00	—
615,00 bis 619,99	235,20	118,50	67,20	29,70	6,00	—
620,00 bis 624,99	238,70	121,00	69,20	31,20	7,00	—
625,00 bis 629,99	242,20	123,50	71,20	32,70	8,00	—
630,00 bis 634,99	245,70	126,00	73,20	34,20	9,00	—
635,00 bis 639,99	249,20	128,50	75,20	35,70	10,00	—
640,00 bis 644,99	252,70	131,00	77,20	37,20	11,00	—
645,00 bis 649,99	256,20	133,50	79,20	38,70	12,00	—
650,00 bis 654,99	259,70	136,00	81,20	40,20	13,00	—
655,00 bis 659,99	263,20	138,50	83,20	41,70	14,00	0,10
660,00 bis 664,99	266,70	141,00	85,20	43,20	15,00	0,60
665,00 bis 669,99	270,20	143,50	87,20	44,70	16,00	1,10
670,00 bis 674,99	273,70	146,00	89,20	46,20	17,00	1,60
675,00 bis 679,99	277,20	148,50	91,20	47,70	18,00	2,10
680,00 bis 684,99	280,70	151,00	93,20	49,20	19,00	2,60
685,00 bis 689,99	284,20	153,50	95,20	50,70	20,00	3,10
690,00 bis 694,99	287,70	156,00	97,20	52,20	21,00	3,60
695,00 bis 699,99	291,20	158,50	99,20	53,70	22,00	4,10
700,00 bis 704,99	294,70	161,00	101,20	55,20	23,00	4,60
705,00 bis 709,99	298,20	163,50	103,20	56,70	24,00	5,10
710,00 bis 714,99	301,70	166,00	105,20	58,20	25,00	5,60
715,00 bis 719,99	305,20	168,50	107,20	59,70	26,00	6,10
720,00 bis 724,99	308,70	171,00	109,20	61,20	27,00	6,60
725,00 bis 729,99	312,20	173,50	111,20	62,70	28,00	7,10
730,00 bis 734,99	315,70	176,00	113,20	64,20	29,00	7,60
735,00 bis 739,99	319,20	178,50	115,20	65,70	30,00	8,10
740,00 bis 744,99	322,70	181,00	117,20	67,20	31,00	8,60
745,00 bis 749,99	326,20	183,50	119,20	68,70	32,00	9,10
750,00 bis 754,99	329,70	186,00	121,20	70,20	33,00	9,60
755,00 bis 759,99	333,20	188,50	123,20	71,70	34,00	10,10
760,00 bis 764,99	336,70	191,00	125,20	73,20	35,00	10,60
765,00 bis 769,99	340,20	193,50	127,20	74,70	36,00	11,10
770,00 bis 774,99	343,70	196,00	129,20	76,20	37,00	11,60

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615f, 1615n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn wöchentlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
775,00 bis 779,99	347,20	198,50	131,20	77,70	38,00	12,10
780,00 bis 784,99	350,70	201,00	133,20	79,20	39,00	12,60
785,00 bis 789,99	354,20	203,50	135,20	80,70	40,00	13,10
790,00 bis 794,99	357,70	206,00	137,20	82,20	41,00	13,60
795,00 bis 799,99	361,20	208,50	139,20	83,70	42,00	14,10
800,00 bis 804,99	364,70	211,00	141,20	85,20	43,00	14,60
805,00 bis 809,99	368,20	213,50	143,20	86,70	44,00	15,10
810,00 bis 814,99	371,70	216,00	145,20	88,20	45,00	15,60
815,00 bis 819,99	375,20	218,50	147,20	89,70	46,00	16,10
820,00 bis 824,99	378,70	221,00	149,20	91,20	47,00	16,60
825,00 bis 829,99	382,20	223,50	151,20	92,70	48,00	17,10
830,00 bis 834,99	385,70	226,00	153,20	94,20	49,00	17,60
835,00 bis 839,99	389,20	228,50	155,20	95,70	50,00	18,10
840,00 bis 844,99	392,70	231,00	157,20	97,20	51,00	18,60
845,00 bis 849,99	396,20	233,50	159,20	98,70	52,00	19,10
850,00 bis 854,99	399,70	236,00	161,20	100,20	53,00	19,60
855,00 bis 859,99	403,20	238,50	163,20	101,70	54,00	20,10
860,00 bis 864,99	406,70	241,00	165,20	103,20	55,00	20,60
865,00 bis 869,99	410,20	243,50	167,20	104,70	56,00	21,10
870,00 bis 874,99	413,70	246,00	169,20	106,20	57,00	21,60
875,00 bis 876,00	417,20	248,50	171,20	107,70	58,00	22,10
Der Mehrbetrag über 876,00 DM ist voll pfändbar.						

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615f, 1615n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
bis 55,99	—	—	—	—	—	—
56,00 bis 56,99	0,14	—	—	—	—	—
57,00 bis 57,99	0,84	—	—	—	—	—
58,00 bis 58,99	1,54	—	—	—	—	—
59,00 bis 59,99	2,24	—	—	—	—	—
60,00 bis 60,99	2,94	—	—	—	—	—
61,00 bis 61,99	3,64	—	—	—	—	—
62,00 bis 62,99	4,34	—	—	—	—	—
63,00 bis 63,99	5,04	—	—	—	—	—
64,00 bis 64,99	5,74	—	—	—	—	—
65,00 bis 65,99	6,44	—	—	—	—	—
66,00 bis 66,99	7,14	—	—	—	—	—
67,00 bis 67,99	7,84	—	—	—	—	—
68,00 bis 68,99	8,54	—	—	—	—	—
69,00 bis 69,99	9,24	—	—	—	—	—
70,00 bis 70,99	9,94	—	—	—	—	—
71,00 bis 71,99	10,64	—	—	—	—	—
72,00 bis 72,99	11,34	—	—	—	—	—
73,00 bis 73,99	12,04	—	—	—	—	—
74,00 bis 74,99	12,74	—	—	—	—	—
75,00 bis 75,99	13,44	—	—	—	—	—
76,00 bis 76,99	14,14	0,20	—	—	—	—
77,00 bis 77,99	14,84	0,70	—	—	—	—
78,00 bis 78,99	15,54	1,20	—	—	—	—
79,00 bis 79,99	16,24	1,70	—	—	—	—
80,00 bis 80,99	16,94	2,20	—	—	—	—
81,00 bis 81,99	17,64	2,70	—	—	—	—
82,00 bis 82,99	18,34	3,20	—	—	—	—
83,00 bis 83,99	19,04	3,70	—	—	—	—
84,00 bis 84,99	19,74	4,20	—	—	—	—
85,00 bis 85,99	20,44	4,70	—	—	—	—
86,00 bis 86,99	21,14	5,20	—	—	—	—
87,00 bis 87,99	21,84	5,70	—	—	—	—
88,00 bis 88,99	22,54	6,20	—	—	—	—
89,00 bis 89,99	23,24	6,70	—	—	—	—
90,00 bis 90,99	23,94	7,20	0,24	—	—	—
91,00 bis 91,99	24,64	7,70	0,64	—	—	—
92,00 bis 92,99	25,34	8,20	1,04	—	—	—
93,00 bis 93,99	26,04	8,70	1,44	—	—	—
94,00 bis 94,99	26,74	9,20	1,84	—	—	—
95,00 bis 95,99	27,44	9,70	2,24	—	—	—
96,00 bis 96,99	28,14	10,20	2,64	—	—	—
97,00 bis 97,99	28,84	10,70	3,04	—	—	—
98,00 bis 98,99	29,54	11,20	3,44	—	—	—
99,00 bis 99,99	30,24	11,70	3,84	—	—	—
100,00 bis 100,99	30,94	12,20	4,24	—	—	—
101,00 bis 101,99	31,64	12,70	4,64	—	—	—
102,00 bis 102,99	32,34	13,20	5,04	—	—	—
103,00 bis 103,99	33,04	13,70	5,44	—	—	—
104,00 bis 104,99	33,74	14,20	5,84	0,24	—	—

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615l, 1615n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
105,00 bis 105,99	34,44	14,70	6,24	0,54	—	—
106,00 bis 106,99	35,14	15,20	6,64	0,84	—	—
107,00 bis 107,99	35,84	15,70	7,04	1,14	—	—
108,00 bis 108,99	36,54	16,20	7,44	1,44	—	—
109,00 bis 109,99	37,24	16,70	7,84	1,74	—	—
110,00 bis 110,99	37,94	17,20	8,24	2,04	—	—
111,00 bis 111,99	38,64	17,70	8,64	2,34	—	—
112,00 bis 112,99	39,34	18,20	9,04	2,64	—	—
113,00 bis 113,99	40,04	18,70	9,44	2,94	—	—
114,00 bis 114,99	40,74	19,20	9,84	3,24	—	—
115,00 bis 115,99	41,44	19,70	10,24	3,54	—	—
116,00 bis 116,99	42,14	20,20	10,64	3,84	—	—
117,00 bis 117,99	42,84	20,70	11,04	4,14	—	—
118,00 bis 118,99	43,54	21,20	11,44	4,44	0,20	—
119,00 bis 119,99	44,24	21,70	11,84	4,74	0,40	—
120,00 bis 120,99	44,94	22,20	12,24	5,04	0,60	—
121,00 bis 121,99	45,64	22,70	12,64	5,34	0,80	—
122,00 bis 122,99	46,34	23,20	13,04	5,64	1,00	—
123,00 bis 123,99	47,04	23,70	13,44	5,94	1,20	—
124,00 bis 124,99	47,74	24,20	13,84	6,24	1,40	—
125,00 bis 125,99	48,44	24,70	14,24	6,54	1,60	—
126,00 bis 126,99	49,14	25,20	14,64	6,84	1,80	—
127,00 bis 127,99	49,84	25,70	15,04	7,14	2,00	—
128,00 bis 128,99	50,54	26,20	15,44	7,44	2,20	—
129,00 bis 129,99	51,24	26,70	15,84	7,74	2,40	—
130,00 bis 130,99	51,94	27,20	16,24	8,04	2,60	—
131,00 bis 131,99	52,64	27,70	16,64	8,34	2,80	0,02
132,00 bis 132,99	53,34	28,20	17,04	8,64	3,00	0,12
133,00 bis 133,99	54,04	28,70	17,44	8,94	3,20	0,22
134,00 bis 134,99	54,74	29,20	17,84	9,24	3,40	0,32
135,00 bis 135,99	55,44	29,70	18,24	9,54	3,60	0,42
136,00 bis 136,99	56,14	30,20	18,64	9,84	3,80	0,52
137,00 bis 137,99	56,84	30,70	19,04	10,14	4,00	0,62
138,00 bis 138,99	57,54	31,20	19,44	10,44	4,20	0,72
139,00 bis 139,99	58,24	31,70	19,84	10,74	4,40	0,82
140,00 bis 140,99	58,94	32,20	20,24	11,04	4,60	0,92
141,00 bis 141,99	59,64	32,70	20,64	11,34	4,80	1,02
142,00 bis 142,99	60,34	33,20	21,04	11,64	5,00	1,12
143,00 bis 143,99	61,04	33,70	21,44	11,94	5,20	1,22
144,00 bis 144,99	61,74	34,20	21,84	12,24	5,40	1,32
145,00 bis 145,99	62,44	34,70	22,24	12,54	5,60	1,42
146,00 bis 146,99	63,14	35,20	22,64	12,84	5,80	1,52
147,00 bis 147,99	63,84	35,70	23,04	13,14	6,00	1,62
148,00 bis 148,99	64,54	36,20	23,44	13,44	6,20	1,72
149,00 bis 149,99	65,24	36,70	23,84	13,74	6,40	1,82
150,00 bis 150,99	65,94	37,20	24,24	14,04	6,60	1,92
151,00 bis 151,99	66,64	37,70	24,64	14,34	6,80	2,02
152,00 bis 152,99	67,34	38,20	25,04	14,64	7,00	2,12
153,00 bis 153,99	68,04	38,70	25,44	14,94	7,20	2,22
154,00 bis 154,99	68,74	39,20	25,84	15,24	7,40	2,32

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615I, 1615n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
155,00 bis 155,99	69,44	39,70	26,24	15,54	7,60	2,42
156,00 bis 156,99	70,14	40,20	26,64	15,84	7,80	2,52
157,00 bis 157,99	70,84	40,70	27,04	16,14	8,00	2,62
158,00 bis 158,99	71,54	41,20	27,44	16,44	8,20	2,72
159,00 bis 159,99	72,24	41,70	27,84	16,74	8,40	2,82
160,00 bis 160,99	72,94	42,20	28,24	17,04	8,60	2,92
161,00 bis 161,99	73,64	42,70	28,64	17,34	8,80	3,02
162,00 bis 162,99	74,34	43,20	29,04	17,64	9,00	3,12
163,00 bis 163,99	75,04	43,70	29,44	17,94	9,20	3,22
164,00 bis 164,99	75,74	44,20	29,84	18,24	9,40	3,32
165,00 bis 165,99	76,44	44,70	30,24	18,54	9,60	3,42
166,00 bis 166,99	77,14	45,20	30,64	18,84	9,80	3,52
167,00 bis 167,99	77,84	45,70	31,04	19,14	10,00	3,62
168,00 bis 168,99	78,54	46,20	31,44	19,44	10,20	3,72
169,00 bis 169,99	79,24	46,70	31,84	19,74	10,40	3,82
170,00 bis 170,99	79,94	47,20	32,24	20,04	10,60	3,92
171,00 bis 171,99	80,64	47,70	32,64	20,34	10,80	4,02
172,00 bis 172,99	81,34	48,20	33,04	20,64	11,00	4,12
173,00 bis 173,99	82,04	48,70	33,44	20,94	11,20	4,22
174,00 bis 174,99	82,74	49,20	33,84	21,24	11,40	4,32
175,00 bis 175,20	83,44	49,70	34,24	21,54	11,60	4,42
Der Mehrbetrag über 175,20 DM ist voll pfändbar.						

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 I, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Begründung**A. Allgemeines**

Zweck der Regelung der Pfändungsfreigrenzen ist es, zu gewährleisten, daß dem Schuldner, dessen Arbeitseinkommen gepfändet wird, so viel verbleibt, wie er für sich und die von ihm zu unterhaltenden Angehörigen mindestens zum Lebensunterhalt bedarf.

Diese Zielsetzung erfordert von Zeit zu Zeit eine Anpassung der Pfändungsfreigrenzen an die allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Das ist zuletzt durch das Fünfte Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 8. März 1984 (BGBl. I S. 364) mit Wirkung zum 1. April 1984 geschehen.

Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes belief sich der Preisindex für die Lebenshaltung der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1980 = 100) auf der Basis für das Fünfte Änderungsgesetz im Juni 1983 auf 115,5 (Bundesanzeiger Nr. 23 vom 2. Februar 1989) und im Dezember 1989 auf 126,7 (Bundesanzeiger Nr. 12 vom 18. Januar 1990). Der Index ist somit von Juni 1983 bis Dezember 1989 um 11,2 Punkte = rund 9,7 % gestiegen.

Außerdem ist der durchschnittliche Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz — am Beispiel eines Alleinstehenden — von 345 DM seit dem Stand Juli 1983, dem letzten Stand vor Inkrafttreten des Fünften Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen, auf 425 DM aufgehoben worden (vgl. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1983 S. 194; 1989 S. 253). Das ist eine Steigerung um rund 23,2 %.

Darüber hinaus liegt die durchschnittliche Bedarfsschwelle der Hilfebedürftigkeit gemäß §§ 11 ff. Bundessozialhilfegesetz — einschließlich Wohnkosten und Mehr- und Sonderbedarfszuschlägen — nach den Ermittlungen des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vom August 1989 für einen Alleinstehenden bei 1 080 DM. Gegenüber dem bisherigen Pfändungsfreibetrag für einen Alleinstehenden von 754 DM besteht insoweit eine Deckungslücke von durchschnittlich 326 DM = rund 43,2 %. Dies belastet insbesondere die Schuldner, die ein geringes Arbeitseinkommen beziehen. Ihnen verbleiben im Falle der Vollstreckung in ihr Arbeitseinkommen nach den Pfändungsfreigrenzen des geltenden Rechts nicht genügend Mittel, um den Lebensunterhalt für sich und die Personen zu bestreiten, denen gegenüber sie unterhaltspflichtig sind. Die Inanspruchnahme der Sozialhilfeträger ist die häufige Folge. Auf diese Weise kommt der Steuerzahler indirekt für private Verbindlichkeiten auf.

Allein um die Bedarfsschwelle der Sozialhilfe auf derzeitigem Niveau zu erreichen, müssen die Pfändungsfreigrenzen deutlich angehoben werden. Die Sozial-

hilfesätze werden jedoch weiter steigen. Um längerfristig soziale Gerechtigkeit im Bereich der Pfändungsfreigrenzen sowie eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger zu bewirken, muß sichergestellt werden, daß die Pfändungsfreigrenzen nicht alsbald erneut unter die Sozialhilfesätze absinken. Hierzu reicht die Deckung des Nachholbedarfs nicht aus. Die zu erwartende Steigerung der Sozialhilfesätze muß sich vielmehr bereits jetzt in einer deutlichen Anhebung der Pfändungsfreibeträge über das gegenwärtige Sozialhilfeniveau hinaus niederschlagen. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, in noch verbleibenden Einzelfällen durch eine vom Schuldner zu beantragende Entscheidung des Vollstreckungsgerichts zu verhindern, daß das pfändungsfreie Einkommen unter das jeweils geltende, regional differenzierte Sozialhilfeniveau absinkt.

Kosten entstehen für Bund, Länder und Gemeinden nicht. Eventuelle Ausfälle der Vollstreckungsbehörden der öffentlichen Hand dürften langfristig abgewogen werden durch die zu erwartende dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger und durch vermehrte Steuereinnahmen infolge des neu zu schaffenden Arbeitsanreizes für verschuldete Arbeitnehmer. Wesentliche Auswirkungen des Gesetzes auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

B. Zu den einzelnen Vorschriften**Zu Artikel 1**

Artikel 1 sieht vor, daß die in der Zivilprozeßordnung zahlenmäßig festgesetzten Pfändungsfreibeträge für Arbeitseinkommen an die wirtschaftliche Entwicklung sowie an die Entwicklung der Sozialhilfeleistungen seit 1983 angepaßt werden. Außerdem wird die Möglichkeit geschaffen, daß auf Antrag des Schuldners verhindert werden kann, daß das ihm nach Pfändung verbleibende Arbeitseinkommen unter die Sozialhilfesätze absinkt.

Zu Nummer 1

Nach § 850 a Nr. 4 sind Weihnachtsvergütungen bis zum Betrage der Hälfte des monatlichen Arbeitseinkommens, höchstens aber bis zum Betrage von 470 Deutsche Mark, unpfändbar. Etwa entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von bisher rund 10 % sowie im Hinblick auf die gebotene Motivierung der Schuldner zu eigener Arbeit soll der Höchstbetrag um 15 % auf 540 Deutsche Mark angehoben werden.

Zu Nummer 2

Nach § 850b Abs. 1 Nr. 4 sind unpfändbar die Ansprüche aus Lebensversicherungen, die nur auf den Todesfall des Versicherungsnehmers abgeschlossen sind, wenn die Versicherungssumme 3 600 Deutsche Mark nicht übersteigt. Auch hier soll der Höchstbetrag im Hinblick auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten und zur Motivierung des Schuldners zu eigener Arbeit um 15 % auf 4 140 Deutsche Mark angehoben werden.

Zu Nummer 3

Durch die Änderungen des § 850c Abs. 1 und 2 sollen die Pfändungsfreibeträge für das laufende Arbeitseinkommen der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den gestiegenen Sozialleistungen angepaßt werden. Dies soll durch eine Anhebung der Freibeträge unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Leistungen der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt erfolgen, wobei auch voraussehbare zukünftige Entwicklungen sowie die Motivation des Schuldners zur eigenen Arbeit mitberücksichtigt werden sollen.

- a) In Absatz 1 sollen die pfändungsfreien Grundbeträge angehoben werden.

Diese Grundbeträge sollen für einen Schuldner, der keine Unterhaltspflicht erfüllt, bei einem monatlich zahlbaren Arbeitseinkommen von 754 auf 1 209 Deutsche Mark, bei einem wöchentlich zahlbaren Arbeitseinkommen von 174 auf 279 Deutsche Mark und bei einem täglich zahlbaren Arbeitseinkommen von 34,80 auf 55,80 Deutsche Mark erhöht werden (Änderungen des Satzes 1). Die neuen Beträge berücksichtigen, daß die durchschnittlichen Leistungen der Sozialhilfe einschließlich der Wohnkosten und Mehr- und Sonderbedarfszuschläge gemäß §§ 11 ff. Bundessozialhilfegesetz für einen Alleinstehenden auf 1 080 DM (Stand: August 1989) angehoben worden sind. Der neue Grundfreibetrag für einen Alleinstehenden liegt damit um 129 DM (= 11,9 %) über der Hilfebedürftigkeitsgrenze gemäß § 11 Bundessozialhilfegesetz. Dieser Abstand wird sich durch zu erwartende weitere Steigerungen der Sozialhilfe verringern, soll aber gleichwohl noch eine Motivation zur Eigenarbeit des Schuldners begründen. Durch die Anhebung auf diesen Satz wird vermieden, daß alsbald erneut die derzeitige Problematik der Unterschreitung der Sozialhilfesätze und der Verlust der Arbeitsmotivation durch zu niedrige Pfändungsfreigrenzen auftritt.

Durch die Änderungen des Satzes 2 sollen die pfändungsfreien Grundbeträge, die bei gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners zu den in Satz 1 bezeichneten Beträgen hinzukommen, erhöht werden. Dem Schuldner sollen für die erste Person, der er aufgrund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt, statt 338 monatlich 429 Deutsche Mark, statt 78 wöchentlich 99 Deutsche Mark und statt 15,60 täglich 19,80 Deutsche Mark sowie für die zweite bis fünfte Person je statt

234 monatlich 299 Deutsche Mark, statt 54 wöchentlich 69 Deutsche Mark und statt 10,80 täglich 13,80 Deutsche Mark verbleiben.

Auch bei diesen Erhöhungen wird die Anhebung der Sozialhilfeleistungen berücksichtigt. Für die Bemessung der erhöhten Freibeträge ist ferner maßgeblich, daß die Aufwendungen für die Wohnung regelmäßig höher liegen, wenn im Haushalt mehrere Personen leben. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Unterhaltsberechtigten — neben der Ehefrau — meist Kinder sind, für die Kindergeld gezahlt wird.

Der Gesamtbetrag, auf den sich der pfändungsfreie Grundbetrag unter Berücksichtigung von Unterhaltspflichten künftig belaufen wird, erhöht sich hiernach bei monatlich zahlbarem Arbeitseinkommen von 2 028 auf 2 834 Deutsche Mark, bei wöchentlich zahlbarem Arbeitseinkommen von 468 auf 654 Deutsche Mark und bei täglich zahlbarem Arbeitseinkommen von 93,60 auf 130,80 Deutsche Mark.

- b) Die in Absatz 2 Satz 2 festgesetzten Höchstbeträge des Arbeitseinkommens, bis zu denen Pfändungsschutz gewährt wird, sollen um etwa 15 % angehoben werden, nämlich von monatlich 3 302 auf 3 796 Deutsche Mark, von wöchentlich 762 auf 876 Deutsche Mark und von täglich 152,40 auf 175,20 Deutsche Mark.

Zu Nummer 4

- a) Bereits durch die vorgeschlagene Erhöhung des pfändungsfreien Einkommens in der Tabelle — Anlage 2 zu § 850c — soll regelmäßig ein Absinken des Resteinkommens des Schuldners unter die Bedarfssätze der Sozialhilfe verhindert werden. Soweit dies im Einzelfall ausnahmsweise nicht gewährleistet ist, soll durch die im neuen Buchstaben a des § 850f Abs. 1 vorgeschlagene Regelung die Möglichkeit des Schuldners gesetzlich verankert werden, hierauf durch einen eigenen Antrag beim Vollstreckungsgericht hinzuwirken. Damit wird die Unsicherheit beseitigt, die nach der jetzigen Rechtslage besteht; denn nicht alle Gerichte folgen der Auffassung der Oberlandesgerichte Stuttgart (NJW Rechtsprechungsreport 1987 S. 758) und Köln (Familienrechtszeitung 1989 S. 996), wonach dem Schuldner bei der Pfändung seines Einkommens bereits aufgrund der Härteklausel des geltenden § 850f Abs. 1a stets mindestens so viel verbleiben muß, wie die Sozialhilfe im Bedarfsfalle gewähren würde. Durch die beabsichtigte Festschreibung wird dieses gesetzgeberische Ziel zur ausdrücklichen Entscheidungsgrundlage für die Vollstreckungsgerichte erhoben. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Schuldner den Nachweis seines fiktiven sozialhilferechtlichen Bedarfs regelmäßig durch Vorlage einer Bescheinigung des örtlich zuständigen Sozialamtes erbringen kann, das am besten in der Lage sein dürfte, die regional unterschiedlichen Bedarfssätze zu ermitteln.

- b) Die Pfändungsfreigrenzen des § 850 f Abs. 3 Satz 1 und 2 sollen in Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung jeweils entsprechend der Steigerung der pfändungsfreien Grundbeträge von 2 340 monatlich auf 3 744 Deutsche Mark, von 540 wöchentlich auf 864 Deutsche Mark und von 108 täglich auf 172,80 Deutsche Mark angehoben werden. Diese Erhöhungen tragen der vorgesehenen Neufestsetzung der Gesamtfreibeträge des § 850 c Abs. 1 Satz 2 Rechnung.

Zu Nummer 5

Die neue Tabelle zu § 850 c Abs. 3 entspricht den unter Nummer 3 vorgesehenen Änderungen der Pfändungsfreigrenzen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die erforderliche Übergangsregelung.

Nach Absatz 1 Satz 1 soll die Beschränkung der früheren Pfändungen ohne weiteres eintreten. Im Interesse der Rechtssicherheit soll nach Absatz 1 Satz 2 der neue Umfang der Pfändung jedoch auf Antrag von dem Vollstreckungsgericht ausgesprochen werden.

Durch die in Absatz 1 Satz 3 vorgesehene Regelung soll der Drittschuldner geschützt werden.

Absatz 2 sieht eine dem Absatz 1 entsprechende Regelung für die Wirksamkeit rechtsgeschäftlicher Verfügungen aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 vor.

Die vorgesehene Übergangsregelung entspricht der des Fünften Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen. Diese Regelung hat sich bewährt. Für die neu vorgesehene Antragsmöglichkeit des Schuldners gemäß § 850 f Abs. 1 a bedarf es keiner besonderen Übergangsregelung.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Als Zeitpunkt für die Einführung der neuen Pfändungsfreigrenzen empfiehlt sich der Beginn eines Kalendermonats. Ein angemessener zeitlicher Abstand zwischen der Verkündung des Gesetzes und dem Wirksamwerden der neuen Pfändungsgrenzen sollte die Umstellung auf ihre Anwendung erleichtern.

Anlage II

Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates

Die Bundesregierung befürwortet die im Entwurf vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen. Sie entsprechen dem Entwurf, den sie am 9. August 1990 beschlossen hat.